

31. / III. 1916.

## Ein neuer sozialdemokratischer Aufruf.

Aufruf folgt auf Aufruf. Dem Aufruf des Partei- und Fraktionsvorstandes, sowie des Parteiaussschusses vom Mittwoch hat die Haase-Gruppe am Donnerstag einen Aufruf entgegengestellt. Diesem Aufruf der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ treten, weil er „eine Reihe zur Irreführung der Parteigenossen geeignete Behauptungen“ enthalte, der sozialdemokratische Parteivorstand und der Vorstand der Reichstagsfraktion, wie in einem Teil unserer Morgenausgabe schon erwähnt, heute im „Vorwärts“ mit einem neuen Aufruf entgegen. Darin heißt es:

„Die 18 Separatisten erklären, daß sie tatsächlich aus der Fraktion hinausgedrängt wurden. Das ist eitel Spiegelfechterei. Sie lehnen ab, die Pflichten zu erfüllen, die ihnen die Zugehörigkeit zur Fraktion auferlegt, und begaben sich dadurch selbst der Rechte, die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringen. Die Ahtzehn haben gewußt, daß ihr hinterhältiges Vorgehen die Sprengung der Fraktionsgemeinschaft zur Folge haben mußte. Ein Blatt der Minderheit schreibt ganz richtig: „Das Vorgehen ohne Benachrichtigung der Mehrheit war tatsächlich schon die Aufhebung der Fraktionsgemeinschaft.“ Die Gruppe der Ahtzehn sollte doch so ehrlich sein und zugeben, daß sie den Bruch gewollt hat. Die erneute Sonderaktion soll kein Disziplinbruch sein? Doch nur für die, die der Auffassung sind, daß sich die Mehrheit dem Terrorismus der Minderheit zu beugen hat. Sie soll kein Treubruch sein? Ja, warum haben denn selbst Mitglieder der Fraktion, die sachlich den Standpunkt der Minderheit teilen, dieses Vorgehen als heimtückisch bezeichnet? Nur durch das treulose Verhalten der Ahtzehn wurden jene bodauerlichen Szenen provoziert, über die der Aufruf der „Arbeitsgemeinschaft“ sich jetzt entzündet, statt sich selbst anzulagen.“

Die Sonderfraktion nimmt für sich das Monopol auf eine selbstständige grundsätzliche sozialdemokratische Politik in Anspruch. Hierüber wird der nächste Parteitag zu entscheiden haben, der ohne Zweifel bestätigen wird, daß eine sozialdemokratische Partei, die die Notwendigkeit der Landesverteidigung anerkennt, nicht anders handeln dürfte, als die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in der Kriegszeit gehandelt hat. Die Sonderfraktion behauptet, daß ihr Auftreten das Ansehen der Partei im In- und Auslande hebe. Im Inlande? Die Entristung, die das Auftreten der Ahtzehn in der Partei hervorrief, liefert den Gegenbeweis. Im Auslande? Doch nur bei denen, die ihre Hoffnung auf den Zwiespalt der Partei und die innere Zerrüttung des deutschen Volkes setzen. Wer das Auftreten der Ahtzehn unbefangenen beurteilt, der wird unserem dänischen Bruderorgan „Sozialdemokraten“ recht geben, das als Folge der Spaltung eine Schwächung des Einflusses der Sozialdemokratie auf den Frieden und eine Verlängerung des Krieges befürchtet. Wie eine Verhöhnung der Arbeiter klingt es, wenn behauptet wird, daß das Auftreten der Ahtzehn nicht spaltend und zerstörend, sondern sammelnd und organisationserhaltend wirkte, daß es geeignet sei, das Proletariat für schwere Kämpfe stark zu machen. Nur wer das deutsche Proletariat täuschen will, kann ihm einreden, daß es durch Spaltung und Zerrüttung der Partei stark werde für schwere Kämpfe. Die Sonderfraktion ist keine Vertretung der Partei. Unser Organisationsstatut kennt im Reichstag nur eine parlamentarische Vertretung: die sozialdemokratische Reichstagsfraktion.“

Der „Vorwärts“ — wie ein Cracchus de seditione querens — beklagt sich bitter über das Verhalten des Parteivorstandes. Wörtlich sagt er:

„Die neue Erklärung der Mehrheit schlägt einen Ton an, der nicht nur von allen ehrlich auf die Erhaltung der Parteinheit bedachten Elementen aufs tiefste beklagt werden muß, sondern der geradezu Empörung zu erwecken geeignet ist. Nicht nur, daß die beschimpfenden Ausdrücke „Treubruch“ und ähnliches wiederholt werden: die neue Erklärung bereichert das erlesene Register ihrer parteigewöhnlichen Ausdrucksweise noch durch weitere Ausdrücke, wie Spiegelfechterei, heimtückisch, treuloses Verhalten und dergleichen mehr. Wir können nicht umhin, zu erklären, daß wir diese Form der Polemik für eine geradezu beschämende halten und von den Genossen erwarten, daß sie überall und schleunigst gleich uns Einspruch gegen eine Fortsetzung solcher parteipolitischen Manieren erheben, die die Würde der Partei geradezu gefährden. . . . Wem es wirklich um Ansehen, Würde und Einheit der Partei zu tun ist, setze daher solchem Treiben die unerschütterliche Mahnung entgegen: Bis hierher und nicht weiter!“

Als Wächter über den guten Ton im politischen Kampf wirkt der „Vorwärts“ genau ebenso drastisch wie als Beschützer der Parteinheit. Der „Vorwärts“ veröffentlicht auch einen Artikel des Abg. Haase, worin er behauptet, der Versuch, die Zustimmung zum Notetat als eine bloße Formalität zu bezeichnen, könne kaum ernst genommen werden. Abg. Haase bezeichnet es als falsch, in der Spaltung der Reichstagsfraktion eine Spaltung der Partei zu erblicken. „Die Partei wird dadurch vielmehr“ — so versichert er — „an Kraft gewinnen, und wenn die Wirren des Krieges erst der Vergangenheit angehören werden, wird auch ein einheitliches Arbeiten der sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament nach festen Richtlinien möglich sein.“ — Das kann nur bedeuten: Haase erwartet, daß der nächste Parteitag sich gegen die Fraktionsmehrheit ausspricht und der Minderheit recht gibt!

**Täglicher Kampf.** Die auf dem Boden der Minderheit stehende radikale „Bremer Bürgerzeitung“ droht der Haase-Gruppe mit — Liebtnecht, wenn sie nicht täglich energisch der alten sozialdemokratischen Fraktion entgegentritt. Das Bremer Blatt schreibt nämlich: „Die Konstituierung einer selbstständigen Fraktion nötigt die Minderheit, sich den Sozialpatrioten in allen Fragen entgegenzustellen, sie täglich zu belämpfen. Das wird den entscheidendsten Elementen der Minderheit die Gelegenheit geben, den radikalen Standpunkt zu entwickeln; es wird die rückständigen Elemente nötigen, sich öffentlich Blößen zu geben, die Unmöglichkeit des Kampfes mit den Sozialpatrioten vom Standpunkt der Vaterlandsverteidigung und des Pazifismus zu demonstrieren. Indem aber die Minderheit genötigt sein wird, sich an die Massen zu wenden, wird sie dem Parlamentarismus diejenige Bedeutung zurückgeben, die er vom Standpunkt des Linksradikalismus aus hat. Dabei kommt es nicht so sehr auf die Fraktionsstärke an, sondern auf die Entscheidung, mit der dieser parlamentarische Kampf geführt wird. . . . Sollte die Minderheit jedoch zu sehr an den alten Traditionen des Zentrums, an den Traditionen des Kompromisses mit dem Opportunismus, an den Traditionen des Parlamentarismus als eines Mittels zur Beschwichtigung der Massen hängen, sollte auch sie wieder der Sorge um die parlamentarische Ausschaltung verfallen und das Hauptgewicht auf die Sammlung aller möglichen und unmöglichen oppositionellen Elemente, statt von vornherein auf die Entscheidung des Kampfes verlegen, nun, dann wird sie sehr schnell abwärtsfallen und der entschiedenen Minderheit in der Minderheit den Platz räumen: den Entscheidungenen um Liebtnecht.“